

Keine Unterbringung in Lagern

Rede auf einer Demonstration gegen das „Ankunftszentrum“ für Flüchtlinge in Rahlstedt

Liebe Freund_innen und Freunde, ich begrüße euch alle herzlich im Namen des Hamburger Flüchtlingsrats.

Der Hamburger Flüchtlingsrat kämpft schon seit Jahrzehnten gegen die Unterbringung von Geflüchteten in Lagern. Diese Flüchtlingslager dienen der Entrechtung, Ausgrenzung und ungehinderten Abschiebung von Flüchtlingen. Lager zeichnen sich durch räumliche Enge einhergehend mit dem Verlust von Privatsphäre aus. Sie sind gekennzeichnet durch Isolation nach außen und eine zwangsweise Vergesellschaftung nach innen.

Wie (die Vorrednerin, Anm. der Red.) Katta von der Antira – Horst AG gerade am Beispiel des Lagers Nostorf/Horst demonstriert hat, wird die Isolation der Geflüchteten in den Lagern immer mehr perfektioniert. Unterstützer_innen und Menschenrechtsorganisationen wird regelhaft der freie Zutritt verweigert. Erreicht werden soll hierdurch, dass die Geflüchteten immer weniger Chancen haben, sich der staatlichen, gegen Geflüchtete gerichteten repressiven Flüchtlingspolitik zu widersetzen. Die Verweigerung von hinreichender Rechtsberatung, die mangelhafte medizinische Versorgung, die Verweigerung von Bildung und Arbeit, die menschenrechtsverletzende und inhumane Behandlung und Abschiebungen von Geflüchteten sollen abgeschottet von jeder Öffentlichkeit stattfinden.

Dieses Prinzip soll im Rahmen neuer Gesetzesverschärfungen der vergangenen zwei Jahre u.a. durch Massen- statt

Erstaufnahmeeinrichtungen wie hier in Rahlstedt mit einer Kapazität von 2300 Personen und durch die beschleunigten Verfahren weiter perfektioniert werden. Das Großlager bei Heidelberg zeigt, dass die Geflüchteten für Unterstützer_innen und Berater_innen nicht mehr erreichbar sind. Das Lager bei Heidelberg ist für die Erstaufnahme in Rahlstedt Vorbild.

Dieser Ausgrenzung und Entrechtung von Geflüchteten muss entschieden entgegengetreten werden.

Der Flüchtlingsrat Hamburg lässt jetzt, unterstützt von Pro Asyl, gerichtlich überprüfen, dass er und andere Unterstützer_innen von Geflüchteten nach der Verfassung und dem Europarecht

Zutrittsrecht in die Lager haben, insbesondere nach der sog. Aufnahme richtlinie 2013/33/EU. Die Klagen wurden im Mai 2016 bei den Verfassungsgerichten in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern eingereicht.

Wir wollen u.a. dadurch ein freies Zutrittsrecht zu den Lagern erkämpfen.

Von den Ländern gibt es bereits die ersten Reaktionen. Von der Landesregierung M-V wurde kurz nach der Erhebung der Klage ein Vergleichsvorschlag gemacht, den der Flüchtlingsrat Hamburg als nicht annehmbar abgelehnt hat. Hier soll jetzt, bevor es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommt, in einem Mediationsverfahren geprüft werden, ob eine Einigung

Foto: Flüchtlingsrat HH



Zutritts- und Ausgangsrecht für jede_n und immer

erzielt werden kann.

Die Innenbehörde Hamburg hingegen vertritt in einem ersten Schritt die Auffassung, dass aus der Aufnahmerichtlinie 20/33/EU ein generelles uneingeschränktes Zutrittsrecht in Flüchtlingsunterkünfte für Mitarbeiter_innen von NGO's oder ehrenamtlichen Berater_innen nicht abzuleiten ist. Hierzu wird folgende Begründung angeführt: „Da sich in den Flüchtlingsunterkünften auch Personen aufhalten, die nicht mehr Antragsteller im Sinne der Richtlinie 2013/33/EU sind, z.B. weil ihr Asylantrag bereits abgelehnt wurde und sie vollziehbar ausreisepflichtig

sind, kann sich aus der Richtlinie kein generelles Zugangsrecht der in Art. 18 Abs. 2 Buchstabe c genannten Personen zu Flüchtlingsunterkünften ergeben. Ein Zugangsrecht aus dieser Richtlinie kann daher nur personenbezogen, und zwar für hilfsbedürftige Antragsteller im Sinne der Richtlinie sein.“

Was wir von der Innenbehörde Hamburg zu erwarten haben, ist damit klar und das entspricht einer konsequenten Fortsetzung der gegen Flüchtlinge gerichteten Politik und Verwaltungspraxis, wie wir sie seit Jahren aus Hamburg kennen. Wir erwarten aber auch nicht, dass das Land

M-V eine 180°-Wende in der Flüchtlingspolitik machen wird und im Mediationsverfahren ein freier Zutritt zu den Lagern ohne weiteres durchzusetzen ist. Ohnehin kann ein freies Zutrittsrecht nur ein erster Schritt im Hinblick auf die Abschaffung aller Lager für Geflüchtete sein, wofür wir gemeinsam mit den Geflüchteten mit Nachdruck kämpfen müssen.

Wir fordern: Gleiche Rechte für alle Menschen, überall! Abschaffung aller Lager – Wohnungen für alle! Hoch die internationale Solidarität!

FRANZ FORSMANN
Flüchtlingsrat Hamburg

gb@-SEMINARE 2016

Reden ist Gold

Weitere Infos und Seminarangebote unter
gew-hamburg.de/seminare/gewerkschaftliche-bildung

Redest du noch oder verstehst du schon? Warum wertschätzende Kommunikation so schwer und gleichzeitig so entlastend sein kann – Praxisgruppe

Seminare zu Kommunikation – gäh – haben wir alle schon zu Hauf besucht und wissen alles über Ohren und Schnäbel, Senderin und Empfänger, Eltern-Ich und Kind-Ich etc.

Kommunizieren, vermitteln, erzählen, verständigen und austauschen verlaufen im Arbeitsalltag von Pädagog_innen ganz selbstverständlich.

Und doch entsteht viel Stress durch Unverständnis, Ärger, Wut und Enttäuschung, wenn wir das Gegenüber nicht erreichen, keine Reaktion kommt, wir aneinander vorbei reden, uns nicht verstanden fühlen in unserer guten Absicht – stattdessen hören wir nur Vorwürfe und

Unverständnis, Verallgemeinerungen und Kritik. Das belastet und kostet viel Energie.

In diesem Seminar geht es um eine radikale Sichtweise auf Kommunikation, die auf Marshall Rosenbergs gewaltfreier Kommunikation basiert. Dabei geht es um mehr als um eine Technik des guten Miteinanders, es ist eine Haltung und ein Menschenbild: Eine Haltung für mich selber und für mein Gegenüber.

Es werden im Seminar ganz konkrete Alltagsbeispiele bearbeitet und anhand von vier Schritten Möglichkeiten einer wertschätzenden oder gewaltfreien Kommunikation aufgezeigt.

Dieses Seminar wird auf vielfachen Wunsch ehemaliger Teilnehmer_innen nun als Praxisgruppe angeboten. Vorkenntnisse sind erwünscht, die



Anmeldung erfolgt zur Teilnahme an allen Terminen.

*Donnerstags, 23.02.2017,
30.03.2017, 27.04.2017,
16.30-19 Uhr*

*Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15*

*Leitung: Sonja Nielbock
Kostenanteil: 10 € incl.*

*Verpflegung (ermäßigt 5 €),
Nicht-Mitglieder 40 €*

Entscheiden – alle mitnehmen

Unsere Demokratie geht nicht besser? Und doch immer wieder Kampf und Konkurrenz, Sackgassen, schale Kompromisse, Gewinner und Verlierer. Wir sagen: Es geht besser! Tragfähiger, kooperativer, direkter.